

## Die schlechteste der möglichen Optionen

Hessen: „Holpriger Neustart in den Schulen“, FR-Regional vom 12. Januar

Angesichts des aktuellen und noch befürchteten Infektionsgeschehens sind die Regelungen des hessischen Kultusministeriums zum Schulstart nach den Weihnachtsferien mehr als ärgerlich. Indem man die Entscheidung, ob die Kinder in die Schule gehen oder nicht, den Eltern überlässt, hat man die schlechteste der möglichen Varianten gewählt.

Kinder, die gerne in die Schule gehen wollen, deren Klassenkameraden in teilweise großer Zahl (bis über 50 Prozent) in dieser Woche versammelt sind, quengeln zu Hause, zeigen sich unzufrieden mit dem Distanzunterricht, um, trotz der Bedenken der Eltern, auch gehen zu dürfen.

Außerdem lastet ein erheblicher Druck auf den Eltern, das Homeschooling so effektiv zu gestalten, dass ihre Kinder nicht benachteiligt werden. Obwohl nach offizieller Verlautbarung nur eine Betreuung bei der Bearbeitung der Aufgaben, die auch

dem Distanzunterricht zugrunde liegen, gewährleistet werden soll, ist doch davon auszugehen, dass einige Lehrkräfte, mit „ihren“ Kindern an den Grundschulen Unterricht gestalten, jedenfalls so weit ihnen das möglich ist, bei dem Spagat zwischen einem lebendigen videogestützten Distanzunterricht und den Bedürfnissen der Kinder vor Ort.

Für die Eltern, die wegen der gewünschten Effektivität der verordneten Kontaktbeschränkungen ihre Kinder zu Hause lassen möchten, wäre es jedenfalls deutlich einfacher, den eigenen Kindern den Verzicht auf das soziale Miteinander mit den Freunden und Freundinnen in den Klassen zu erklären, wenn bis auf Kindern „von Krankenschwestern und Ärzten“ (wie beim ersten Lockdown kommuniziert) alle Klassenkameraden zu Hause sind.

Der Druck, in der nächsten Woche die Kinder in die Schule zu schicken, wird weiter zunehmen. Das ist auch verständlich

angesichts der ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten, die eigene Berufstätigkeit und die Betreuung und Beschulung der eigenen Kinder unter einen Hut zu bringen. Der Druck wird aber verstärkt, wenn Eltern und Kinder erleben, dass sich andere in der Schule wohlfühlen, eine Entlastung kann schließlich jedes Elternteil gebrauchen!

In den Kitas sind (eigene Beobachtung, Medienberichte) teilweise bis zu 90 Prozent der Kinder anwesend. Das zieht neben den Kontakten in der jeweiligen Gruppe viele weitere Begegnungen beim Bringen und Holen nach sich. Warum darf man sich dann nur noch mit einer Person aus einem anderen Haushalt treffen? So besteht die Gefahr, dass ein härterer aus nachvollziehbaren Gründen unterlaufen wird und letztlich die von allen Opfer fordernden Maßnahmen ihre beabsichtigte Wirkung verfehlen. Renate Kucharczyk, Frankfurt

**Diskussion:** frblog.de/schulen



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**

069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/forum-20210118](http://frblog.de/forum-20210118)

**Übersicht** über die Themen: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

## Miserable technische Voraussetzungen

Chaos an deutschen Schulen: „Leere statt Lehre“, FR-Meinung vom 5. Januar

Die Digitalität als eine Kulturtechnik zu begreifen, die die Bildung retten soll, fällt mir schwer. Ebenso kann ich mir nicht vorstellen, dass die Automobilindustrie wesentliche Impulse für die Verkehrswende geben kann. Haben die Stromkonzerne einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geliefert? Nein, die Digitalisierung ist janusköpfig. Sie hat zwei gegenseitige Gesichter. Sie wird folgenreich missbraucht, wie die aktuellen Ereignisse in der USA zeigen. Sie kann Menschenleben retten, wenn sie z.B. dabei hilft, Impfstoff schnell zu entwickeln, herzustellen, erproben und anzuwenden. Aber sie ist für die Schule bisher eher Gerätetechnik ohne Qualität und Sicherheit, die nur dazu dient, einen ansteckungsfreien Schulunterricht zu jedem Preis aufrecht

zu erhalten. Es ist auch bedenklich, dass sie zurzeit am heftigsten von denen beworben wird, die daran verdienen. Es fehlen die erziehungswissenschaftliche Expertise, überzeugende Anwendungen in der Praxis und (meist vernachlässigt) datenrechtlicher Schutz der benutzten Programme. Lehren und Lernen sind sensible, vertrauensvolle Bereiche, die vor unzulässigem Zugriff bewahrt werden müssen.

Man kann auch jetzt schon digitalisierte Medien mit leichter Zugänglichkeit, Benutzbarkeit, Qualität und Datenschutz einsetzen. Das hat gerade Großbritannien, das besonders stark von der Pandemie betroffen ist, gezeigt. BBC Fernsehen sendet mindestens fünf Stunden Unterricht pro Tag, davon drei Stunden Grundschulunterricht (FR vom 7.1., S.4).

Als ehemaliger Lehrer habe ich gerne mit analogem Schulfunk und Schulfernsehen gearbeitet. Auch damals scheiterte dieser Einsatz schließlich an den miserablen technischen Voraussetzungen in den Schulen. Seit Rundfunk und Fernsehen digitalisiert und in jedem Haushalt zur Verfügung stehen und mit vielen zusätzlichen Möglichkeiten verbunden werden können, sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten geradezu prädestiniert, Lernen und Lehren zu unterstützen. Die Gebührenerhöhung wäre leichter zu akzeptieren, weil sie preiswerter und effektiver sein kann als alle Milliarden, die schon als Vorschuss für noch nicht erbrachte Leistungen für eine Digitalisierung, die auch im FR-Kommentar beworben wird, zur Verfügung stehen. Klaus Kleineberg, Bonn

## Es sieht nicht gut aus für die deutsche Bildungszukunft

Studierende: „Dankbar für die zweite Chance“, FR-Regional vom 12. Januar

Es ist nun an der Zeit, dass sich mehr Studierende zu Wort melden. Zum Bildungssektor gehören Studierende gleichermaßen wie Schüler\_Innen. Der Bereich der Universitäten fällt im Moment, in der Pandemie, leider hinten runter. Es sind nicht die Grundschüler\_Innen und die Abiturient\_Innen, die in den nächsten Monaten auf den Arbeitsmarkt strömen – es sind Akademiker\_Innen und Absolvent\_Innen einer Berufsausbildung, die die Zukunft Deutschlands in der Hand haben. In der Politik wird zu wenig die Frage gestellt, wie können wir den angehenden Berufsanfängern, die Ausbildung oder das Studium er-

leichtern bzw. ist ein uneingeschränkter Zugang zu Bibliotheken, Literatur und Medien gewährleistet?

Im zweiten Lockdown, zum Start der bevorstehenden Prüfungsphasen, haben sich die Zustände für das digitale Studieren verschlechtert. So wurden die Bibliotheken wieder geschlossen. Es findet keine Selbstaussleihe mehr statt, was aufgrund der vorgeschriebenen Corona-Maßnahmen und Kontaktbeschränkungen logisch ist. Im Frühjahr gab es dennoch die Möglichkeit, fünf Medien pro Tag vorzubestellen und abzuholen. Während diesem Lockdown wurden nicht nur die allgemeinen Maßnahmen für die

Bevölkerung verschärft, sondern u.a. auch die Bedingungen zum Entleihen der Medien in der Bibliothek. So wurden die Möglichkeiten von fünf Büchern auf zwei reduziert und die Öffnungszeiten auf zwei Tage mit je vier Stunden gekürzt. Sieht so ein uneingeschränkter Zugang zu Medien aus? Ist das Infektionsgeschehen an einer Universität geringer bei der Entleihung von zwei Medien anstelle von fünf Medien? In einem Öffnungszeitenraum von zwei mal vier Stunden in der Woche, während dann über 14000 Studierende die Möglichkeit bekommen, die Präsenzbücher auszuliehen. Diese Situation ist notwendig, da das Angebot der E-

Books weiterhin eher spärlich ausfällt. Das grenzt an eine nie dagewesene Absurdität.

So kann auch hier die Frage gestellt werden wie in den Schulen: Wie konnte so viel Zeit ungenutzt vergehen, ohne das digitale Angebot oder Lernplattformen auszubauen? Ist das die Bildungszukunft von Deutschland? Wie werden zu solchen Umständen die unveränderten Studiengebühren gerechtfertigt? Durch solche Maßnahmen und Einschränkungen wird die soziale Ungleichheit auf mehreren Ebenen aktiv gefördert. Das genannte Beispiel ist nur die Spitze des Eisberges, wie in vielen anderen Branchen auch. Miriam Farhat, Frankfurt

## Die Pandemie jetzt beenden

Impfpflicht: „Gegenwind für Söders Vorschlag“, FR-Politik vom 13. Januar

Als ehemalige Krankenschwester habe ich nur bedingt Verständnis für die Ablehnung der medizinischen Berufe zur Impfung. Klar, wir haben keine Langzeiterfahrungen, aber das Impfen ist die beste Chance, die Pandemie zu beenden. Auch haben alle Pflegenden oder medizinische Berufe die Verantwortung für ihre Patienten oder Betreuten. Ich war froh, dass ich einen Betriebsärztlichen Dienst hatte, der uns viele Impfungen anbot, und habe dies immer genutzt. Eine Impfung schützt mich, meine Angehörigen, KollegInnen, Patienten sowie Betreute.

Carmen Horstmann, Frankfurt

## Vieles wird sich ändern

Homeoffice: „Wenn das Büro zur No-Go-Area wird“, FR-Tagesthema v. 12.1.

Das Thema Homeoffice ist weder bei Arbeits-, Steuer- oder Familienrechtlern, noch bei Virologen richtig angesiedelt. Es gehört auf eine höhere Ebene, da erkennbar ein Paradigmenwechsel durch Corona in Gang gesetzt wurde. Schnell wird der richtige Umgang mit dem Thema zum Standortvorteil für effizientes Arbeiten (und stressfreieres Leben). Vieles wird sich ändern. Allein, dass Arbeit nach Leistung und nicht mehr nach Anwesenheit beurteilt wird, wird Diskussionen in Gang setzen. Wertkonservative Vorgesetzte, leidenschaftslose Mitarbeiter:innen, allzu kontaktfreudige Beschäftigte, frontalunterrichtende Teamleiter:innen – es wird der Gesellschaft schwerfallen, diese von einer neuen Arbeitswelt zu überzeugen. Leben in der Provinz, Entlastung der bislang so begehrten Großstädte – alles ist neu zu überdenken. Und das möglichst unter Einbeziehung aller Aspekte. Reinhold Richter, Obertshausen

## Eine gute Botschaft

Erwiderung auf „Erbarmen mit der Welt“, FR-Forum vom 9. Januar

Der Appell der Abgeordneten hat, soweit ich informiert bin, auf Entscheidungsebene noch keinen Widerhall gefunden. Einen solchen Appell hätte ich mir auch von den beiden christlichen Kirchen gewünscht. Ich hatte ab Oktober diesbezüglich an meine evangelische Gemeinde, an die Kirchenkreisleitung, an den Präses der Rheinischen Landeskirche sowie an den EKD-Ratsvorsitzenden geschrieben, jedoch keinerlei Antwort erhalten. Ein solcher Appell wäre eine gute Weihnachtsbotschaft gewesen. Jutta-Maria Roth, Königswinter